

6mal wöchentlich. Bezugspreis: für Januar 3.50 Rent.-Mark  
Anzeigen: Berechnung der Anzeigen nach Rent.-Mark  
Preise: Die eingehaltene Zeitdauer 20 S. 1. Familien- u.  
Berechnungen, Gebote 15 S. Die 2. ein-Kontingente  
60 mm breit, 1. K. Christengebäude für Selbstabholer 15 S.  
Bei Heberbindung durch die Post außerdem Portozuschlag.  
Preis für die Einzelnummer 15 Renten-Pfennig.  
Geschäftlicher Teil: Josef Holmann, Dresden

Am Ralle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf  
Lieferung sowie Erfüllung von Anzeigen-Aufträgen und  
Reklamationen von Schadenersatz. Für unbesichtigte und durch Ver-  
weigerung übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Ver-  
antwortung. Unbesichtigte eingehende und mit Rückporto  
nicht bezahlte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.  
Erscheinung der Redaktion: 6 bis 8 Uhr nachmittags.  
Gesamtdirektor: Dr. Josef Albert, Dresden

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verleger: Dr. Josef Albert  
Dresdener Altstadt 16, S. Polheimstraße 40  
Telefon 32722 / 9. Postfachkonto Dresden 14797

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Druck und Verlag:  
Saxonia-Verlagsdruckerei G. m. b. H.  
Dresden, Altstadt 16, S. Polheimstraße 40

## Die Bedeutung der Untersuchungsausschüsse

Die Untersuchungsausschüsse zur Prüfung der deutschen Ver-  
fassungsfähigkeit sind in Berlin eingetroffen und werden die Auf-  
gabe, die sie sich gestellt haben, sofort in Angriff nehmen. Bei  
dieser Tätigkeit wird das Ergebnis, das den Abschluß der  
Untersuchungen bilden soll, wird es in erster Linie darauf an-  
kommen, von was für einem Geiste sich die Persönlichkeiten der  
Untersuchungsausschüsse selbst leiten lassen. Sofern sie wirklich  
des Willen haben, einen objektiven Einblick in die Verhältnisse  
Deutschlands zu gewinnen, dürfte man es nicht für ausgeschlossen  
halten, wenn das erwartete Gutachten, das dem Wiederherstel-  
lungsausschuss als Material überwiesen werden soll, zu einer  
sachlichrichtigen Beurteilung führt. Es wird also im Interesse  
der deutschen Regierung liegen, auch ihrerseits die Erkenntnisse  
sichern zu helfen. Hierin liegt zweifellos die zweite Voraus-  
setzung für erfolgreiches Vorgehen der internationalen Prü-  
fungskommission. In Erkenntnis dessen hat auch das Finanz-  
ministerium für das notwendige Material gesorgt und in einer  
eingehenden Denkschrift die wirtschaftliche, finanzielle und wä-  
hrungspolitische Lage Deutschlands niedergelegt. Aber auch im  
übrigen ist die deutsche Regierung bereit, in weitestgehendem  
Maße Einblicke zu lassen in das Material, das zu einer  
objektiven Beurteilung für notwendig erachtet wird. Es  
läßt sich heute noch nicht prognostizieren, was für einen Erfolg  
der Interalliierten Untersuchungsausschüsse in Berlin  
zeitigen wird. Aber soviel ist sicher, daß von dem Ergebnis für  
die künftige Gestaltung des Verhältnisses zwischen Deutschland  
und Frankreich und schließlich zwischen Deutschland und der ge-  
samten Entente viel, vielleicht sogar Entscheidendes abhängt.  
Der Rhein- und Ruhrkampf ist beendet worden, und zwar nicht  
etwa durch eine Abmachung von Staat zu Staat, sondern zu-  
nächst nur durch eine Reihe von Teilergebnissen zum Teil nur  
privatrechtlicher Natur. Es ist selbstverständlich, daß dieser  
Friede kein Dauerfriede sein kann, sondern daß jetzt alles  
darauf dringt, zu einer allgemeinen Lösung der Streitfragen  
zu gelangen. Dies bildet letzten Endes auf das große Problem  
der Wiederherstellung. Natürlich ist hier nur eine Regelung  
von Regierung zu Regierung denkbar und nach allem, was  
jetzt vorbereitet ist, scheint man diesem Ziele zuzustreben. Wäh-  
rend, daß es dabei zunächst noch zu einer Zwischenschaltung kommt,  
aber die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung wird wohl  
irgendwann mehr angewiesen. Die Ziele, die sich dabei ergeben,  
bewegen sich in der Richtung, daß es möglich gemacht wird, einen  
größeren Betrag auf dem Wege einer internationalen Anleihe  
im Interesse Frankreichs für Deutschland flüssig zu machen  
und davon einen Teil der Verbindlichkeiten abzulösen. Dieser  
Weg scheint über dem Projekt der zentralen Reichsgeldnotenbank  
geplant zu sein. Es handelt sich weiter um eine Vereinbarung  
über die Entlastungen und ein Moratorium, sowie endlich um  
eine endgültige Vereinbarung über die gesamte Zahlungslage.

Man darf den Besuch der Untersuchungsausschüsse, wenn man  
seine Aufgaben weiterfaßt, als technische Vorbereitung für die  
erwartete allgemeine Lösung ansehen, und zwar als technische  
Vorbereitung in einer Reihe von wichtigen Einzelfragen. Hier-  
bei schließt sich ohne weiteres eine Spezialfrage in den Vorder-  
grund: das ist die nach der von Frankreich eingeforderten Wä-  
hrungspolitik und nach den durch sie herangeführten Methoden. Es  
würde nicht nur sein, sondern vielmehr auch verhängnisvoll,  
wollte man im Hinblick auf die immerhin zuversichtliche In-  
sammensetzung der Untersuchungsausschüsse einem übertriebenen  
Optimismus nachgehen. Vielmehr sollten wir uns von vorn-  
herein darüber im Klaren sein, daß jetzt sämtliche Ergebnisse  
und deren erhoffte Anerkennung durch den Wiederherstellungs-  
ausschuss sehr schwere Belastungen für Deutschland mit  
sich bringen werden.

Wenn wir die geistige Einstellung der Untersuchungsaus-  
schüsse in Betracht ziehen und ihre Art als für das Ergebnis  
der Berliner Untersuchungen weitgehend vielleicht als ausschlag-  
gebend bezeichnen, so wird uns nicht zweifelhaft sein können,  
daß der Besuch der Persönlichkeiten der produktiven Sicherheiten  
für deutsche Leistungen zu gelten hat, also immerhin für die  
Wiederherstellung einer hoffentlich vernünftigen Währungs-  
politik. Allerdings muß beachtet werden, daß die Leistungen  
das eine verlangen immer wieder an die Entente gestellt wer-  
den, daß es unbedingt notwendig und geboten ist, die Leistungs-  
fähigkeit der deutschen Wirtschaft dadurch zu erhalten und ihre  
Möglichkeit der Produktionssteigerung dadurch zu geben, daß das  
Reich seine volle Verfügung über das gesamte deutsche Wirt-  
schaftsgebiet erhält. Wie wichtig diese Forderung ist, zeigt der  
augenblickliche Zustand der Regierungen. Nicht nur, daß diese  
wichtige Einwirkung für die deutsche Wirtschaft fehlt, son-  
dern die Regierungen sind weitgehend für die französischen Finanzen  
eine starke Belastung. Hier muß an die Stelle politischer Unter-  
stützungen wieder die volle wirtschaftliche Bemühung treten. Aller-  
dings scheint es so, als ob gerade in der Frage der deut-  
schen Eisenbahnen jeder Optimismus verfehlt werde, wenn  
man sich vor allen Dingen an die Beschlüsse erinnert, die in  
Paris vom ersten Untersuchungsausschuss in der deutschen Eisen-  
bahnfrage gefaßt worden sind, und wenn man an die Fragen  
denkt, über deren Beantwortung man zweifellos auch in Berlin  
Ermittlungen einleiten wird. Diese Fragen betreffen ohne weiteres  
darauf h. n. daß der Untersuchungsausschuss der Eisenbahn in der  
Währungsfrage und der Frage der Sicherheiten eine besondere prak-  
tische Bedeutung beibringt. Das Ziel läuft zweifellos dahin,  
die deutsche Eisenbahn den Wiederherstellungsleistungen nutzbar  
zu machen. Wenn also der Gedanke auftauchen sollte, die deutsche  
Reichsbahn in einen deutschen Eisenbahntypen mit Beteiligung  
ausländischer Kapitals und bis zu einem gewissen Grade privatrechtlicher  
Verwaltung umzuwandeln, dann würde  
man darin nur die Verwirklichung der Anschauungen zu erblicken  
haben, die sich in ihren Anfängen bereits bei den Verhandlungen  
des ersten Untersuchungsausschusses in Paris gezeigt haben. Aller-  
dings liegt darin, was man sonst zu dem Projekt sehen wie  
wie man will, mag man es ablehnen oder für möglich halten,  
das Eingeständnis der Gegenseite, daß die deutsche Reichsbahn nur

## Briefwechsel Poincaré — Macdonald

Ein Zusammentreffen Macdonalds mit Poincaré? — Bradbury auf der Reise nach Berlin — Ver-  
minderung der belgischen Besatzungstruppen im Ruhrgebiet — Drakonische Abbaupläne Poincarés

### Klare Politik zwischen Frankreich und England

London, 30. Januar. In Paris hat der englische Bot-  
schafter einen Brief von Macdonald an Poincaré übermittelt. In-  
dem Ramsey Macdonald in diesem Brief den Rücktrittswunsch  
angeht, drückt er seine Überzeugung aus, daß für die Sicherung  
des europäischen Friedens in erster Linie eine klare und völlige  
Verständigung zwischen Frankreich und Eng-  
land hergestellt werden müsse. Die Meinung über die Unge-  
festigkeit der Ruhrpolitik sowie zahlreiche Meinungs-  
verschiedenheiten über die Rheinland- und Reparationsfrage  
hätten die englische öffentliche Meinung erheblich ver-  
stimmt. Es soll von französischer Seite gestern ein sehr  
freundlich gehaltenes Antwortschreiben nach London gegangen  
sein.

Paris, 30. Januar. Der Londoner Korrespondent der  
Zeitung „Ceuvre“ teilt mit, daß nach einem in politischen Kreisen  
verbreiteten Gerücht, Ramsey Macdonald die Absicht habe, sich  
direkt mit Poincaré über die Meinungsverschiedenheiten zwischen  
Frankreich und England auszusprechen.

Genf, 30. Januar. Der Generalsekretär des Völkerbundes  
Sir Eric Drummond ist nach London abgereist, um mit den  
Mitgliedern des neuen Kabinetts Verhandlungen zu führen. Man  
verfolgt in Genf mit großem Interesse die in England  
im Gange befindlichen Besprechungen über eine Zusammenarbeit  
der neuen Regierung mit dem Völkerbund. Man verfolgt aber  
auch ebenso aufmerksam den Wiederfall, den diese Besprechungen  
der englischen Politiker in den offiziellen Kreisen von Paris  
finden werden. Sollte die englische Regierung wirklich, wie es  
den Anschein hat, die Absicht haben, das Protokoll über die obliga-  
torische Schiedsgerichtsbarkeit zu unterzeichnen, so wäre das ein  
Ereignis von größter Tragweite für den Völkerbund.

London, 30. Januar. Der Generalsekretär des Völkerbundes  
Sir Eric Drummond ist gestern abend in London eingetroffen, um mit  
Macdonald die neuen Völkerbundspläne der englischen Regierung  
zu besprechen.

### Macdonald sehr zuversichtlich

London, 30. Januar. Macdonald ist gestern abend von  
London nach Edinburgh abgereist. Auf der Eisenbahnstation  
Glasgow hat Macdonald zum ersten Male seit einem Antritt  
eine politische Rede gehalten. Er sagte u. a., die Regierung  
werde alles tun, was in ihren Kräften steht, um die Arbeiter-  
partei zu großem Nutzen nicht nur in England, sondern auch in  
Europa zu verwickeln. Wir haben eine sehr verzwickte Situa-  
tion angetroffen, wir werden aber entsprechend den Grund-  
sätzen unserer Partei sie aufzuklären versuchen. Er gab weiter  
der Hoffnung Ausdruck, daß seiner Regierung nicht das Vertrauen  
vorenthalten werde, das man seinen Vorgängern eingeräumt habe.

Somit sagte der Premierminister noch folgendes: Ich hoffe,  
Sie werden uns Zeit lassen. Kommt es auch nicht an einem Tage  
erlaubt worden und auch die europäische Situation kann nicht  
an einem Tage geregelt werden. Wir werden Tag für Tag und  
Woche für Woche getreulich alle unsere Kräfte aufbieten, um das  
Vertrauen zur Arbeiterpartei zu stärken. Ich glaube, daß wir  
einen guten Anfang zu verzeichnen haben. Die Presse war  
uns im großen und ganzen günstig gesonnen. Ich gebe mich  
der Erwartung hin, daß das Vertrauen, das man uns hier  
nach Übernahme der Geschäfte bezugte, Monate, und ich darf  
vielleicht auch sagen Jahre hindurch, während wir im Amt  
verbleiben, erhalten bleibt. Macdonald wird bereits kommen-  
den Donnerstag aus Schottland nach der Hauptstadt zurückkehren.  
Seine Reise steht mit der Eröffnung einer gewissen Reihe  
von schottländischen Gerichtsbezirken im Zusammenhang, die nach  
dem jeweils erfolgten Regierungswechsel von neuem eingesetzt  
werden müssen.

## Die Arbeit der Sachverständigen in Berlin

Berlin, 30. Januar. Gestern abend 9.57 trafen auf dem  
Bahnhof Friedrichstraße mit dem fahplanmäßigen Schnellzug die  
Mitglieder des ersten Sachverständigenausschusses für Währungs-  
und Budgetfragen und vom zweiten Ausschuss für die Kapital-  
markt-Kontrollen mit Begleitpersonal ein, im ganzen etwa 45 Per-  
sonen. Die Herren wurden am Bahnhof von dem Mitglied der  
Kriegskostenkommission Regierungsrat Dr. Meier empfangen und  
in das Hotel Esplanade geleitet, in dem sie Wohnung nahmen.

Berlin, 30. Januar. Der soeben im Hotel Esplanade ein-  
getroffene General Dawes erklärte Pressevertretern, daß er nichts

als Ganzes betrachtet werden kann, und daß die Regie an sich  
etwas wirtschaftlich Unmögliches darstellt.

Auf diesen kurzen Andeutungen heraus zeigt sich in voller  
Deutlichkeit die Bedeutung, die dem Besuch der Untersuchungsaus-  
schüsse in Berlin zugesprochen werden muß. Wir sind bereits  
in das Stadium praktischer Vorarbeiten für eine endgültige  
Lösung eingetreten. Die Lösung wird, sollte sie gefunden werden,  
eine weitere schwere Belastung des Deutschen Reiches und der  
deutschen Wirtschaft sein. Daran haben wir uns einzustellen.  
Aber wenn wir wissen, was ist, werden wir unsere Kräfte besser  
auf die kommenden Aufgaben konzentrieren können. Dann wird  
eine geordnete Abtragung der Verpflichtungen an die Stelle

langen Monate, als daß er sich freute in Berlin zu sein, um die  
tätige Zusammenarbeit der deutschen Regierung und des deutschen  
Volkes zu würdigen. Von den Pressevertretern gefragt, ob er  
bereits förmliche Informationen erhalten habe, antwortete er,  
daß das gewünschte Material zum größten Teil eingegangen sei.  
Die erste Sitzung findet heute vormittag 11 Uhr im Reichswirt-  
schaftsrat mit Vertretern der deutschen Wirtschaft statt.

Paris, 30. Januar. Dem zweiten Sachverständigenaus-  
schuss wird die Absicht zugeschrieben, bei der deutschen Regierung  
um die Genehmigung für Prüfung der Bilanzen einiger deutscher  
Großbanken nachzusuchen, um einmal gewisse Unterlagen für die  
Beurteilung der deutschen Kreditfähigkeit im Auslande zu be-  
schaffen, dann aber auch um festzustellen, inwiefern die von den  
Banken durch die Notenverwertung erzielten Gewinne in den  
Dienst des Sanierungswortes gestellt werden könnten. Eine Be-  
stätigung dieser Information steht noch aus.

London, 30. Januar. Sir Bradbury ist nach einer  
Panos-Meldung gestern nach Berlin abgereist.

Vermindeung der belgischen Besatzungstruppen  
Brüssel, 30. Januar. Man teilt mit, daß der belgische  
Truppenführer im Ruhrgebiet demnach von 7000 auf 1000  
herabgesetzt werden soll. Diese 1000 Mann werden unter dem  
ausdrücklichen Kommando des Generalleutnants Puyart gestellt.

## Neue Stabilisierungspläne Poincarés

Paris, 30. Januar. Man spricht der französischen Regie-  
rung die Absicht zu, zu den schon bekannten noch bestehende  
neue Finanzmaßnahmen zur Bekämpfung des Franken vorzuneh-  
men. Es hat sich, wie von parlamentarischer Seite berichtet  
wird, herausgestellt, daß die zurzeit in der Kammer diskutierten  
Reformpläne nicht allen Erwartungen entsprechen werden. Auf  
Grund dieser Feststellung hat Poincaré den Justiz- und den  
Finanzministern vorgeschrieben mit der Ausarbeitung einer Vorlage  
beauftragt, die als gesetzliches Zahlungsmittel zur Bekämpfung  
während zuläßt und den Dollar künftig unterstellt. Die Nach-  
richt von diesem Projekt, das so schnell wie möglich in der  
Kammer zur Abstimmung gelangen soll, wird von einem Teil der  
französischen Geschäftswelt ungünstig beurteilt, obwohl es heißt,  
daß gewisse Ausnahmefälle vorgezogen seien. Andererseits sollen  
Wiederhandlungen so beängstigender Einzelheiten des Projekts mit  
der Entscheidung der Kongregation bestraft werden.

Paris, 30. Januar. Wie die Morgenblätter feststellen, beab-  
sichtigt Poincaré, sobald er die Zustimmung der Kammer zu  
seinen verschiedenen Vorlagen erlangt hat, drakonische Maßnah-  
men zur Einschränkung der öffentlichen Ausgaben zu ergreifen.  
Er beabsichtigt, insbesondere die Beamtengehälter herabzusetzen  
und auch verschiedene Ministerämter aufzugeben, ohne eine aus-  
drückliche Genehmigung der Kammer dazu zu erbitten.

Paris, 30. Januar. Wie bekannt wird, hat die Regierung  
die Absicht, zur Stärkung des Franken die jeweils erlassenen  
Anleihen, die Zahlungen aus in Goldmarken berechnigt sein  
sollen, außer Kraft zu setzen.

London, 30. Januar. „Manchester Guardian“ schreibt zu den  
Behauptungen Poincarés über ein angebliches deutsches Komplotz  
gegen den Franken: Der Gedanke, daß die deutsche Regierung  
Geld für Streiche dieser Art zu verwenden hat, oder daß Bankiers  
und Geschäftsleute die Gewohnheit hätten, eine politische Ven-  
dette gegen ausländische Länder auf Kosten ihrer Freunde zu  
führen, sei von der Wahrscheinlichkeit noch weiter entfernt, als  
die wirtschaftlichen Vorausberechnungen Poin-  
carés.

## Die Beratung über die 3. Steuer- notverordnung

Berlin, 30. Januar. (Drahtbericht.) Die geistige Beratung  
des Reichskabinetts, die sich von nachmittags 4 Uhr bis mitternoch  
hinanzog, hat, hat noch immer keine endgültige Entscheidung  
über die verschiedenen Punkte der dritten Steuernot-  
verordnung gebracht. Der deutsche Handelsdeputat berichtet,  
daß es sich hierbei noch um die Fragen der Geldwertverhältnis-  
gleichheit bei unbesetzten Landwirtschaftsgrundstücken handle. Als  
zunächst sicher dürfte die Regelung der Auswertung im  
allgemeinen gelten. Es kommen hierfür jedenfalls alle An-  
sprüche auf Zahlung in Reichsmark angefallenen Geldschaften in  
Betracht, die nicht bis zum 31. Dezember 1923 fällig sind, soweit es  
sich um Hypotheken, Schiffspfandrechte usw. gehandelt. Bedeu-  
tungsansprüche aus Handelsrechten und Ansprüche auf andere  
Schuldbewertungen handelt. Private Schulden und auch Dar-  
lehensansprüche an Privatpersonen, dürften in gewissem Um-  
fange von der Aufwertung betroffen sein. Wie verläuft, erfolgt  
auf Grund der allgemeinen Bestimmung des bürgerlichen Rechts  
eine Aufwertung von 10 u. S., die den Anforderungen auf Teu  
und Gläubigen entsprechen soll. In besonderen Fällen  
kann eine höhere Quote zuerkannt werden. Wand-

der augenblicklich ungedecktes und deshalb auch unproduktives  
Belastung der deutschen Wirtschaft, die Frankreich treuen Ruhrs  
bringt und Deutschland nur zum Schaden gereicht, lösen können.  
Die aus der wirtschaftlichen und finanziellen Unübersicht Europas  
geborene politische Spannung also würde sich auflösen einer  
ruhigeren Entwicklung lösen. Aber nur dann kann diese Ent-  
wicklung einleiten, wenn eine Verständigung erzielt ist, — wenn  
man nämlich die Staatshoheit des Deutschen Reiches achtet,  
wenn man die deutsche Wirtschaftlichkeit nicht zerschüttert und  
wenn man einem Teile des Vols unter den Nationen einräumt,  
den es nach Größe, Menschzahl und Leistungen verdient.